KOMMENTAR | Die EZB will im Juni an der Zinsschraube drehen. Das weckt Zweifel an ihrer Unabhängigkeit. *Von Angela Hennersdorf*

Kampfansage

Zweimal im Jahr geht der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) auf Reisen. Dann beraten die Notenbanker ihre geldpolitische Strategie nicht im Frankfurter Eurotower, sondern folgen der Einladung einer nationalen Zentralbank. Am vergangenen Donnerstag lud die Belgische Nationalbank in ihr Domizil in Brüssel. Und da all die Notenbanker schon einmal in der europäischen Hauptstadt versammelt waren, schaute auch Euro-Gruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem vorbei. Im Gepäck hatte der Niederländer eine Präsentation über die ökonomische Lage in den Euro-Ländern. Was Dijsselbloem präsentierte, brachte EZB-Präsident Mario Draghi ins Schwärmen. „Tolle strukturelle Reformen" habe etwa Portugal vollzogen, so Draghi. Jetzt die positiven Fortschritte in den Euro-Krisenländern zu sehen, nach „all den Schmerzen", die diese durchgemacht hätten, das sei doch fantastisch.

WARTEN AUF DEN JUNI

Na, wenn das so ist, warum macht sich Draghi dann Sorgen? Zwar hat die EZB in der vergangenen Woche den Leitzins auf einem Rekordtief von 0,25 Prozent und den Einlagensatz bei null belassen. Der Spitzenrefinanzierungssatz blieb unverändert bei 0,75 Prozent. Doch im gleichen Atemzug kündigte Draghi an, im Juni die Leitzinsen senken zu wollen, um die Wirtschaft in den Euro-Ländern zu stützen. Der Zusatz „falls nötig", den er sonst immer lautstark betont, war diesmal kaum zu hören.

Beugt sich Draghi hier etwa dem Druck von außen? In den vergangenen Wochen sind die als gute Vorschläge getarnten Attacken immer heftiger geworden. IWF-Chefin Christine Lagarde forderte Draghi mehrmals auf, via Geldpolitik die Wirtschaft im Euro-Raum anzukurbeln. Kürzlich folgte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Sie verlangte von der EZB, wegen der anhaltend niedrigen Inflation die Leitzinsen zu senken.

DEN EURO DRÜCKEN

Vor knapp zwei Wochen kündigte dann auch noch der neue französische Regierungschef Manuel Valls an, das Thema Geldpolitik nach der Europawahl auf die Agenda zu setzen. Es gelte, den Euro-Wechselkurs kräftig zu drücken. Der französische Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg will gar „eine Schlacht eröffnen, um den Euro zu senken".

Diese Äußerungen sind eine Kampfansage an die Unabhängigkeit der Notenbank. Er sei ja dankbar für all die Ratschläge, die er erhalten habe, sagte Draghi in der vergangenen Woche, beeilte sich aber hinzuzufügen: „Wir sind unabhängig." Doch genau daran zweifeln Kritiker, seit die EZB im Gespann mit IWF und EU Pleitestaaten und deren marode Banken zu retten versucht. Spätestens mit der Ankündigung Draghis, im Juni an der Zinsschraube drehen zu wollen (weil der EZB der starke Euro in Verbindung mit niedriger Inflation starke Sorgen mache), stellt sich die Frage nach der Unabhängigkeit mit neuer Heftigkeit.

NEW ECONOMICS

Papier macht ungleich

Ein neues Ökonomie-Buch kommt zu einem provokanten Schluss: Gegen Ungleichheit helfen keine höheren Steuern. Nötig ist ein anderes Geldsystem.

Wenn es um die Frage geht, warum die Reichen immer reicher werden: Kann da ein Büchlein mit gerade mal 180 Seiten, ohne Formeln, Grafiken und Tabellen, mit dem datenbeladenen und hochgelobten 700-Seiten-Wälzer des französischen Ökonomen Thomas Piketty konkurrieren? Die Antwort lautet: Ja! Weil es eine Erklärung UND einen Ausweg aus der Misere präsentiert. Die Rede ist von dem soeben erschienenen Buch der Ökonomen Andreas Marquart und Philipp Bagus mit dem Titel „Warum andere auf Ihre Kosten immer reicher werden ...und welche Rolle der Staat und unser Papiergeld dabei spielen". Die zentrale These in diesem blendend geschriebenen Werk lautet: Schuld an der zunehmenden Ungleichheit von Einkommen und Vermögen ist unser Geldsystem.

KREDIT AUS DEM NICHTS

Das staatliche Papiergeldmonopol ermöglicht es den Zentralbanken im Zusammenspiel mit den Geschäftsbanken, Geld und Kredite aus dem Nichts zu schöpfen. Es reizt Regierungen, Unternehmen und Bürger an, sich über alle Maßen zu verschulden. Bei dieser Kreditbonanza aber sind all die im Vorteil, die nahe an der Geldquelle sitzen: Finanzindustrie, Staat und Großunternehmen. Sie erhalten das aus dem Nichts erzeugte Geld als Erste – und können Waren und Vermögensgüter kaufen, wenn deren Preise noch niedrig sind. Arbeitnehmer und Rentner hingegen, die das frisch gedruckte Geld – wenn überhaupt – als Letzte erhalten, gucken in die Röhre. Sie können erst kaufen, wenn die Preise bereits gestiegen sind. Auf der Gewinnerseite steht mithin, wer schon Vermögen hat. Er kann es beleihen, um mit dem Kredit weitere Vermögensgüter wie Aktien und Immobilien zu erwerben. Die Kreditschöpfung beschleunigt so die Kapitalkonzentration in den Händen der Vermögenden. Die Ungleichheit nimmt zu. Schuldner gewinnen, Sparer verlieren. Weil der Staat unbegrenzten Zugang zu Krediten hat, weitet er seine Aktivitäten ungehemmt aus. Seine auf Pump finanzierten Sozialleistungen verdrängen privates Engagement. Soziale und familiäre Strukturen erodieren, es entsteht eine „schwere Moral- und Wertekrise", so die Autoren. Als Gegenmittel schlagen sie einen radikalen Schnitt vor: Dem Staat müsse das Geldmonopol entrissen werden. Geld müsse wieder werden, was es einmal war: ein durch eine Handelsware wie Gold vollgedecktes Tauschmittel des freien Marktes. Das Buch, das sich ausdrücklich auch an Nichtökonomen wendet, führt den Leser auf leicht verständliche Weise in die „Österreichische Schule" der Nationalökonomie ein. Wer wissen will, wie unser Geldsystem funktioniert und warum es zu schweren Krisen führt, der sollte dieses Buch lesen.

malte.fischer@wiwo.de

Andreas Marquart, Philipp Bagus
Warum andere auf Ihre Kosten immer reicher werden
FBV, 16,99 Euro

FOTO: FRANK SCHEMMANN FÜR WIRTSCHAFTSWOCHE